

Globalisierung und Krieg

von *Gustav C. Gressel*

Im Zuge der Debatte um die Veränderung des internationalen Systems seit dem Ende der Paktkonfrontation verbreitete sich der Gebrauch des Wortes „Globalisierung“ schneller, als sich dessen Bedeutung klären ließ, es bekam vor allem Dank seiner Verwendung in der Policydiskussion und in der alltäglichen politischen Sprache bald einen normativen Einschlag, der jeweils davon abhing, ob der betreffende Autor den mit „Globalisierung“ beschriebenen Phänomenen positiv oder negativ gegenüberstand.

Zahlreicher Definitionsversuche¹⁾ zum Trotz kann auch heute nicht klar festgelegt werden, was man denn unter „Globalisierung“ konkret zu verstehen habe. Und weiters ist es schwer – oder unmöglich – zu bestimmen, wie sich all jene Entwicklungen, die man unter dem Begriff „Globalisierung“ subsumiert, gegenseitig beeinflussen oder gar bedingen. Unpräzise holistische oder organische Beschreibungen des Globalisierungsprozesses haben etwa den Eindruck hinterlassen, dass „alles mit allem irgendwie zusammenhänge“²⁾ und daher auch jeder Versuch, einen systematischen Zusammenhang zu ergründen oder eine analytische Trennung einzuführen, scheitern müsse.

Das größte Problem, das sich aus dieser beliebigen Verknüpfung von Wörtern mit unscharf gefasster Bedeutung ergibt, ist, dass es dem völlig willkürlichen Zuweisen von Ursache- und Wirkungsbeziehungen Tür und Tor öffnet. So kann etwa der exponentielle Anstieg grenzüberschreitender Transaktionen nach dem Zweiten Weltkrieg mit jeder beliebigen Entwicklung, die im selben Beobachtungszeitraum ebenfalls einen eindeutigen an- oder absteigenden Trend aufzuweisen hat oder sogar nur in der subjektiven

¹⁾ Eine Übersicht: J. Kurth, Globalization: Political Aspects, in: Neil J. Smelser, Paul B. Baltes (Eds.), *International Encyclopaedia of the Social & Behavioural Sciences*, Volume 9, Elsevier u.A., 2001, S.6284-6287; P. Beyer, Globalization, Subsuming Pluralism, Transnational Organizations, Diaspora and Postmodernity, im selben Band, S. 6287-6292.

²⁾ „As indicated by the enumeration of the dynamics driving turbulence on a global scale, it has become commonplace to stress the large degree to which powerful communications and transportation technologies are rendering the world ever more interdependent and boundaries that divide local, national, and international communities ever more porous. Today a development in any part of the world can have consequences for every other part. What is distant is also proximate, paradoxical as that may seem.“ James N. Rosenau, *Along the Domestic-Foreign Frontier, Exploring Governance in a Turbulent World*, Cambridge, 1997, S. 78-79.

Wahrnehmung des Betrachters einem solchen unterliegt, in Verbindung gebracht werden.³⁾

Selbst dort, wo auf Grund des Datenmaterials ein Zusammenhang verschiedener Entwicklungen als wahrscheinlich erscheint, ist zu hinterfragen, ob vergleichbare Entwicklungen sich nicht bereits in anderen Beobachtungszeiträumen vollzogen haben und daher bei einmaligem Zusammenhang keine generellen Aussagen über mögliche Wirkungen und Ursachen von beobachteten Phänomenen getroffen werden können. So ist es fraglich, ob die in vielen Teilen der Dritten Welt beobachtbaren sozialen und ökonomischen Umschichtungs- und Transformationsprozesse⁴⁾ nicht bei allen Gesellschaften im Übergang von Agrar- zu Industriegesellschaften⁵⁾ beobachtbar waren. Ebenso verliert die viel beschworene „Denationalisierung“⁶⁾ an Dramatik, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Zeitspanne im Lebenszyklus auch aller vorangegangenen Staatensysteme, in der diese in erster Linie aus Nationen⁷⁾ bestanden haben, stets eine relativ kurze war. Auch hat es die wirtschaftliche Integration weiter Teile des Staatensystems unter Ausrichtung auf wenige ökonomische Zentren – verbunden mit der starken Migration aus ethnisch heterogenen Randlagen in die geburtenschwachen Zentren – bereits im antik-mediterranen Staatensystem gegeben. Die Liste veranschaulichender Beispiele könnte noch weit länger ausfallen.

Festzuhalten ist jedenfalls, dass für eine stichhaltige Überprüfung der mit dem Wort „Globalisierung“ in Zusammenhang gebrachten Phänomene der Beobachtungszeitraum jener 60 Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg viel zu kurz ist, um allgemeingültige Aussagen entwickeln zu können. Werke, die

³⁾ Um sich einen Überblick zu verschaffen in welchem Wirkungszusammenhang „Globalisierung“ diskutiert wird und wie viele Wirkungszusammenhänge davon empirisch nicht nachweisbar oder schlüssig argumentierbar sind, sei verwiesen auf: Michael Zürn, From Interdependence to Globalization, in: Walter Carlsnaes, Thomas Risse, Beth A. Simmons (Eds), Handbook of International Relations, London, Thousand Oaks, New Delhi, 2005, S. 235-254.

⁴⁾ Gerald M. Meier, James E. Rauch, Leading Issues in Economic Development, New York, Oxford, 2005, S. 331-488.

⁵⁾ Zu diesem Übergang vgl.: Wilbert E. Moore, Industrialization, Social Aspects, in: David L. Sills (Ed.), International Encyclopaedia of the Social Sciences, Vol.7, London, New York, 1972, S. 263-270.

⁶⁾ David Held, Anthony McGrew, David Goldblatt, Global Transformations, Politics, Economics and Culture, Cambridge, 1999.

⁷⁾ Das heißt aus unabhängigen Herrschaftssystemen mit durchorganisierten Verwaltungsapparaten und ausgeprägten Gewaltmonopol, deren Legitimität sich vor allem auf einem kollektiven Solidaritätsgefühl der Herrschaftsunterworfenen und der daraus resultierenden Identifikationen dieser mit dem Herrschaftssystem beruhte. Vgl.: Dankwart A. Rustow, Nation, in: David L. Sills (ED.), International Encyclopaedia of the Social Sciences, Vol.11, London, New York, 1972, S. 7-14.

auch die verschiedenen vorangegangenen Staatensysteme vergleichend untersuchen, scheitern an methodischen Unzulänglichkeiten⁸⁾ oder beschreiben nur einen kleinen Ausschnitt des zu untersuchenden Feldes.⁹⁾

Freilich kann auch dieser Beitrag in der hier gebotenen Kürze keine neuen empirischen Erkenntnisse zu Tage fördern oder Beweisführungen erbringen; er kann aber einige Anstöße liefern, wie man die Diskussion um die „Globalisierung“ etwas fruchtbringender gestalten könnte.

Zurück zum Begriff „Globalisierung“: Begnügt man sich mit einer nominalen Merkmalszuweisung,¹⁰⁾ kann man mit jenen Teilen des Definiens weiterarbeiten, gegen die man keine Einwände hat. Das wären aus all den Merkmalen und Wirkungszusammenhängen, mit denen man „Globalisierung“ zu beschreiben versucht,¹¹⁾ die beobachtbare Zunahme grenzüberschreitender Transaktionen und die günstiger werdenden Rahmenbedingungen für diese Transaktionen.

Bevor auf die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die internationale Politik – hier eingegrenzt auf die Problemstellung der zwischenstaatlichen Sicherheit – eingegangen werden kann, ist zu hinterfragen, wie es zu der gegebenen Situation überhaupt kam. Grenzüberschreitende, zwischengesellschaftliche Transaktionen (persönliche Kommunikation, Massenkommunikation, Waren-, Dienstleistungs-, Arbeitskräfte- und Kapitalverkehr, Warentransport, Personenbewegungen, sowie ökologische und humanbio-

⁸⁾ Dies gilt etwa für Spenglers Untergang des Abendlandes, welches auf der Stufe hermeneutischer Deutungen vorrangig kulturgeschichtlicher Phänomene stehen bleibt und sich der Vergleich in weiten Teilen auf die westliche Moderne mit der Spätantike beschränkt. Vgl.: Ostwald Spengler, der Untergang des Abendlandes, Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, 16. Auflage, München 2003.

⁹⁾ Dies trifft vor allem auf die Werke der Englischen Schule zu, deren verdienstvolle Leistung es ist zumindest zu versuchen, mehrere historisch-evidente Staatensysteme wie der in diesen ablaufenden makropolitischen Prozesse nach gleichen analytischen Kriterien zu untersuchen. Vgl. Adam Watson, *The Evolution of International Society: a comparative historical analysis*, London u.A., 2003; Hedley Bull, *The Anarchical Society, A Study of Order in World politics*, Basingstoke, 1996; Hedley Bull, Adam Watson (Eds.), *The Expansion of International Society*, Clarendon, 1984. Es bleibt noch erheblicher Raum für detailliertere Studien offen, wobei es erneut die Englische Schule zu sein scheint, die in diesen Raum vorzustößen vermag: Barry Buzan, Richard Little, *International Systems in World History, Remaking the Study of International Relations*, Oxford, New York, 2000.

¹⁰⁾ Es sei für den Rest des Beitrages vorabgemerkt, dass in dessen weiteren Verlauf ausschließlich mit Nominaldefinitionen operiert wird. Zu diesen: Karl-Dieter Opp, *Methodologie der Sozialwissenschaften, Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung*, Reinbeck bei Hamburg, 1970, S. 93-102.

¹¹⁾ Zu diesen sei als Überblick verwiesen auf: Michael Zürn, *From Interdependence to Globalization*, S. 235-254.

logische Folgewirkungen)¹²⁾ – worin sich auch die Interaktionen substaatlich oder transnational verfasster Handlungseinheiten¹³⁾ ausdrückt – entstehen so wie die öffentlichen Routinetransaktionen (Stellungnahmen, Leistungen, Absprachen und politischer Dialog als auf Dauer gestellte Konsultation durch Routine- und Nichtroutinehandeln der Außenverwaltungen, teilweise auch des exekutiv-administrativen Spitzenpersonals, der Militärvertretungen und fallweise auch der staatlich organisierten Wirtschaftsvertretungen) nicht im luftleeren Raum, sondern reproduzieren die von der Politik vorgegebenen, unterschiedlich restriktiv oder gewährend ausfallenden Ordnungen unter einer manchmal schwach, manchmal stärker ausgeprägter staatlicher Aufsicht.

Wie restriktiv oder gewährend die entsprechenden Ordnungen gestaltet werden und wie streng man die staatliche Aufsicht der laufenden Transaktionen gestaltet, ist Gegenstand politischer Entscheidungen. „Bei einer internationalen Entscheidung wird für einen bestimmten Ausschnitt der Wirklichkeit eine Auswahl zwischen mehreren möglichen gemeinsamen Zukünften der an der Entscheidung beteiligten wie der an ihr nicht beteiligten, aber betroffenen Staaten und Gesellschaften vorgenommen. Dies muss nicht uno actu erfolgen; es gibt auch schleichende, entscheidungslose Entscheidungen.“¹⁴⁾ Auch die gegenwärtigen Ordnungen diverser grenzüberschreitender Transaktionen entstammen festmachbaren Entscheidungen für eine bewusste Rücknahme von Beschränkungen vor allem zwischengesellschaftlicher Transaktionen, sowie für einen weitgehenden Verzicht auf eine genaue Aufsicht über diese Transaktionen. Und auch diese Entscheidungen können mehr als isolierte Akte der Problembewältigung in voneinander getrennten Objektbereichen darstellen. Solche Entscheidungen orientieren sich öfters an langfristig wirkenden Gestaltungsprozessen zumindest der führenden Staaten des internationalen Systems, denen der gesamte Bestand an Ordnungen im System angepasst wird.

¹²⁾ Nach: Klaus Faupel, Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftliche Forschung, in: Jahrbuch der Universität Salzburg, Salzburg 1984, S. 94-105; Vgl. auch: Kurt P. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen, Das Röhrenembargo, in: Ernst Otto Czempel (Hg.) Die Anachronistische Souveränität, zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 1/1969, Köln, Opladen, 205-223, S. 205.

¹³⁾ Zu diesen: Klaus Faupel, Der Ort der regionalen Außenpolitik im System der internationalen Politik, in: Kärntner Jahrbuch für Politik, 1998, S. 151-174.

¹⁴⁾ Klaus Faupel, Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik, Eine systematische Übersicht über den Objektbereich, in: Peter R. Weilemann, Hanns Jürgen Küsters, Günter Buchstab (Hg.), Macht und Zeitkritik, Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn, u.A., 1999, 477-492, S. 477.

Die Expansion des europäischen Staatensystems: Zentral gesteuerte „Globalisierung“

Diese transnationalen Sphären können nur dann dauerhaft und stabil eingerichtet werden, wenn die herrschaftlichen Strukturen, aus und zwischen denen diese Transaktionen ablaufen, berechenbare Züge aufweisen. Wirtschaft, Kommunikation und andere Transaktionsleistungen folgen der Herrschaft, sind also sekundär. So lohnt es sich auch vorab aufzubereiten, welche Entwicklungen im Bereich der Herrschaftsgeografie, der Einfluss- und Militärstruktur wie vor allem auch der Reichweite des Staatensystems überhaupt der jüngst beobachteten Intensivierung zwischengesellschaftlicher Transaktionen vorangegangen sind.

Beginnen kann man wohl mit der europäischen Expansion nach Übersee bzw. um Afrika in den indischen Ozean seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert. Vorangegangen war eine Professionalisierung und Technisierung der europäischen Militärapparate, die es den europäischen Staaten ermöglicht hatte, ihre Interessen gegenüber dem Rest der Welt aus einer Position technisch-militärischer Überlegenheit wahrzunehmen.¹⁵⁾

Zu bedenken gilt, dass etwa das Interesse an der Erkundung eines Seeweges nach Indien nicht ausschließlich ökonomischer Natur war. Vielmehr ging es darum, mögliche Handelsrouten und Territorien entlang dieses Weges effektiv zu beherrschen. Anfangs wollte man vor allem die Osmanen daran hindern, ihre Beherrschung der Landrouten in den Orient zur politischen Erpressung europäischer Staaten einzusetzen. Später gewann der Wettstreit um territorialen Besitz und machtpolitische Dominanz unter europäischen Staaten eine gewisse Eigendynamik.

Das Interesse der Europäer an territorialer Kontrolle über möglichst alle Weltregionen – und nicht bloß am ökonomischen Vorteil – prägte den Globus in einem nie da gewesenen Ausmaß: In jedem Erdteil entstanden Kolonien und Missionen mit Städten, Rechts- und Verwaltungssystemen, militärischen Einrichtungen und Infrastruktur nach europäischem Vorbild. Jene Herrschaftssysteme, die der Unterwerfung oder zumindest der Dominanz Europas entgegen wollten, mussten ihrerseits mit der europäischen Entwicklung mithalten,

¹⁵⁾ Vgl.: Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte, ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main, 1989, S. 48-68.

was praktisch einer schnellst- und bestmöglichen Übernahme europäischer Herrschafts-, Verwaltungs- und Gewaltorganisationspraktiken gleichkam. Es handelte sich nicht um eine langsame ökonomische Vernetzung verschiedener Staatensysteme, sondern um eine gewaltsame Expansion der europäischen Staatengesellschaft mit ihren spezifischen Normen und Konventionen¹⁶⁾ unter direkter Kontrolle und bis 1945 in fast allen Erdteilen auch unter direkter Administration und Aufsicht westlicher Staaten.¹⁷⁾

Somit wurden auch die zwischengesellschaftlichen Transaktionen nach den Vorgaben der europäischen Staaten eingerichtet. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts sollte man allerdings eher von einer Parallelexistenz verschiedener Nationalökonomien, nicht von „Weltwirtschaft“ im heutigen Sinne sprechen. Die Staaten trachteten nach einem möglichst autarken Binnenmarkt, nach exklusiven und den jeweiligen Partikularinteressen entsprechenden Handelsbeziehungen zu außereuropäischen Gebieten nach Vorgaben merkantilistischer Wirtschaftsdoktrinen.¹⁸⁾ Staats- und Kolonialgrenzen etablierten sich unter einem rigiden Zollsystem, aus dem ein beträchtlicher Teil der Staatseinnahmen stammte, als wirksame Transaktionsschwellen. Grenzüberschreitender Handel bedurfte zumeist explizitem, vertraglich ausgedrücktem, zwischenstaatlichem Einverständnis. Er wurde – so nicht direkt durch den Staatsapparat umgesetzt – einer strengen Aufsicht unterstellt.

Die Ordnung der Außenwirtschaftsbeziehungen folgte der Machtstruktur wie den – wenn auch dürftig ausgeprägten – konstitutionellen Normen¹⁹⁾ der europäischen Staatengesellschaft.²⁰⁾ Die Welt wurde in Staatsgebiete,

¹⁶⁾ Vgl.: Hedley Bull, *The Anarchical Society, A Study of Order in World Politics*, New York, 2002, S. 26-38.

¹⁷⁾ Vgl.: Barry Buzan, Richard Little, *International Systems in World History*, S. 241-275.

¹⁸⁾ Jakob Viner, *Economic Thought: Mercantilist Thought*, in: David L. Sills (Ed.), *International Encyclopaedia of the Social Sciences*, Volume 3, New York, London, 1972, S. 435-443; Um im Bezug auf den „Merkantilismus“ Klarheit zu schaffen: „The essentials of the doctrine can be summarized of five propositions or attitudes: (1) policy should be framed and executed in strictly nationalistic terms, that is, national advantage alone is to be given weight; (2) in appraising any relevant element of national policy or of foreign trade, great weight is always to be put on its effect, direct or indirect, on the national stock of precious metals; (3) in the absence of domestic gold or silver mines, a primary national goal should be the attainment of as large an excess of exports over imports as is practicable, as the sole means where by the national stock of the precious metals can be augmented; (4) a balance of trade ‚infavor‘ of one’s country is to be sought through direct promotion by the authorities of exports and restriction of imports or by other measures which will operate indirectly in these directions; (5) economic foreign policy and political foreign policy are to be pursued with constant attention to both plenty and ‚power‘ (including security under this latter term) as coordinate and generally mutually supporting national objectives, each capable of being used as a means to the attainment of the other.“ Ebenda, S. 436.

¹⁹⁾ Zu diesen vgl.: Klaus Faupel, *Dimensionen der Souveränität*, in: Michael Take (Hg.), *Politik als Wissenschaft*, Berlin, 2006, 181-201, S. 185.

²⁰⁾ Vgl.: Hedley Bull, *The Anarchical Society*, S. 3-73.

Kolonien, Protektorate, Dominien und Einflussphären der europäischen Großmächte aufgeteilt, in denen die Großmächte unter dem Titel der externen wie internen Souveränität²¹⁾ die jeweiligen Ordnungen der verschiedenen sozialen Subsysteme²²⁾ einrichteten. Dies geschah freilich nicht vollkommen willkürlich, sondern nach zumindest informell anerkannten gemeinsamen Normen für die Einrichtung der Herrschaftssysteme wie der Ordnung spezifischer Policybereiche (z.B. im Bereich der Religionsfragen). Allerdings wurde den Staaten volle administrative Autonomie eingeräumt und ein unilateral vorangetriebenes Streben nach wirtschaftlicher Autonomie zuerkannt – auch wenn dies kaum jemals erreicht wurde.

Diese erste Welle der „Globalisierung“ hatte, was die zwischengesellschaftlichen Transaktionen angeht, kaum Ähnlichkeiten mit dem heutigen Weltwirtschaftssystem. Sie beeinflusste aber den heutigen Stand der „Globalisierung“ nicht unerheblich: Erstens kam es zu einer gleichförmigen herrschaftlichen Durchorganisation des Staatensystems, zweitens wurde die Peripherie²³⁾ faktisch abgeschafft. Auf diesem Reißbrett konnte sich schlussendlich der Wandel des Weltwirtschaftssystems zu einem offenen Freihandelssystem vollziehen. Dies geschah aber nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern bereits im 19. Jahrhundert.

Aber auch hierzu war eine Verschiebung der Einflussstruktur im Staatensystem Voraussetzung: Großbritannien ging aus den napoleonischen Kriegen als unumstrittene Führungsmacht hervor. Die voranschreitende Industrialisierung hat seine militärische und wirtschaftliche Vorreiterposition gefestigt und das Land für die übrigen Mächte des Systems zum allgemeinen Vorbild gemacht. Die Industrielle Revolution veränderte aber auch die Gesellschaftsstruktur des Inselstaates. Und was noch wichtiger ist: Sie führte zu einer Verschiebung der internen Machtbalance, indem es neuen Schichten den Zugang zur Macht – und somit Einfluss auf politische Entscheidungen – einräumte.

²¹⁾ William T.R. Fox, Anette Baker Fox, International Politics, in: David L. Sills (Ed.), International Encyclopaedia of the Social Sciences, vol. 8, New York, London, 1972, 51-60, S. 52-53; Harry G. Johnson, International Trade: Theory, im selben Band, 83-94, S. 83f.; Klaus Faupel, Dimensionen der Souveränität, S. 181-201.

²²⁾ Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München, 1981, S. 104f.

²³⁾ Peripherie ist hier nicht im Sinne der quasimarxistischen Weltsystemtheorie, vgl.: Andreas Nölke, Weltsystemtheorie, in: Siegfried Schieder, Manuela Spindler (Hg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, 2003, S. 309-335, zu sehen, sondern stellt einen zwar menschlich besiedelten, aber nicht zum Staatensystem gehörigen Teil der Welt dar. Barry Buzan, Richard Little, International Systems in World History, S. 185-188.

Die Schutzzölle, die einen guten Teil der britischen Staatseinnahmen bis 1823 ausmachten, bezogen sich hauptsächlich auf Agrargüter und hatten die Aufgabe, die britischen Bauern vor fremder Konkurrenz zu schützen. In einem politischen System, das der Zustimmung des Landadels und der Grundbesitzer in beiden Häusern bedurfte, waren die Chancen, eine Revision dieser Gesetzgebung zu erreichen, auch wenn liberal-freihändlerisches Gedankengut unter den städtischen Eliten viel früher Platz griff, äußerst unwahrscheinlich.²⁴⁾ Aber: „Britain was also changing politically, for the growth of manufacturing industry was shifting the balance of political power from a rural to an urban electorate, where industrialization was creating a new economic interest which demanded ‚cheap bread‘ and an end to agricultural protection.“²⁵⁾

Mit der neuen Unternehmerschicht als immer bedeutendere Fraktion der politischen Elite zogen auch neue Interessen in die englische Politik ein. Für die industriell erzeugten Güter sollte ein möglichst großer Absatzmarkt erschlossen werden, umgekehrt sollten Rohstoffe möglichst günstig eingekauft werden können. Hinzu kam der Wunsch, die städtische Arbeiterschaft dauerhaft und möglichst günstig (mit importiertem Getreide) ernähren zu können. All dies ebnete einer Freihandelspolitik den Weg; bis 1860 hatte Großbritannien sämtliche Außenzölle abgeschafft und bestritt seinen Staatshaushalt aus der Einkommenssteuer.²⁶⁾

Um in der industriellen Entwicklung nicht zurückzubleiben, zogen die meisten europäischen Staaten nach und schlossen Freihandelsabkommen mit Großbritannien oder schufen die Außenzölle aus ähnlichen Überlegungen ab.²⁷⁾ Über die Administration der Kolonien und die teilweise gewaltsame Erzwingung der Handelsöffnung nichtkolonialisierter Staaten²⁸⁾ waren Außenzölle im Staatensystem bis 1870 quasi abgeschafft worden.²⁹⁾ Ironischerweise waren es Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika, die

²⁴⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000, An introductory text*, fourth edition, London, New York, 2006, S. 62f..

²⁵⁾ Ebd., S. 63.

²⁶⁾ Ebd., S. 63-64.

²⁷⁾ Ebd., S. 66.

²⁸⁾ Gottfried-Karl Kindermann, *Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000*, Stuttgart, München, 2001, S. 35-39, 47-49.

²⁹⁾ Auch wenn die imperialen Anstrengungen für die westlichen Staaten ein ökonomisches Verlustgeschäft waren. Angus Maddison, *Dynamic Forces in Capitalist Developments, A Long-Run Comparative View*, Oxford, New York, 1991, S. 80-81.

sich damals dem Trend zu freiem Handel widersetzt hatten. Auch wenn diese fast vollkommene Zollfreiheit nach 1880 teilweise zurückgenommen wurde, hielt das „Klima“ des freien Welthandels noch bis zum Ersten Weltkrieg an. „In particular, the setting out of the legal rights of aliens in many of the commercial treaties negotiated during these years enabled trade to expand in a world where the rights of the private traders and of private property were guaranteed by an extensive network of treaties. In short, these treaties created a stable world, in which traders were free to come and go, to organize and invest abroad, almost as freely and safely as in their own countries.“³⁰⁾

Der Abbau der Außenzölle erzielte seine Wirkung: Der Außenhandel wuchs explosionsartig an und erreichte um die 1870er Jahre eine Bedeutung für die nationalen Wirtschaften, die er erst nach der Jahrtausendwende wieder erreichen sollte.³¹⁾ Ebenso schossen industrielle Produktion, Gesamtwirtschaftsleistung und Wohlstand in die Höhe. Das Realeinkommen eines durchschnittlichen Westeuropäers (inklusive der Siedler in Nordamerika und Ozeanien) wuchs im späten 19. Jahrhundert um durchschnittlich 1,5 Prozent im Jahr – und das, obwohl diese Regionen das weltstärkste Bevölkerungswachstum auszugleichen hatten.³²⁾ Auch wenn es aus heutiger Sicht kaum vorstellbar scheint, entwickelte sich (verglichen mit den Lebensbedingungen im 18. und frühen 19. Jahrhundert) im späten 19. Jahrhundert der erste Breitenwohlstand in den westlichen Industrienationen. Das Bruttonationalprodukt (BNP) der westlichen Staaten wuchs zwischen 1870 und 1913 trotz der Rezession in den späten 1870er Jahren um jährlich durchschnittlich 2,5 Prozent, das pro Kopf erwirtschaftete BNP um durchschnittlich 1,4 Prozent.³³⁾ Nur in der Phase von 1950 bis 1973 wuchs das BNP im Westen schneller als im ausgehenden 19. Jahrhundert.³⁴⁾

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist interessant, dass dieses System des internationalen Handels lediglich auf unilateral durchgeführtem Abbau

³⁰⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 68.

³¹⁾ Also dass etwa 35% des gesamten BNP im Außenhandel erwirtschaftet werden. Zu bedenken gilt allerdings, dass in der Zeit von 1860 bis 1910 weit weniger Staaten den Erdball bevölkerten als um das Jahr 2000 (besonders in Europa). Ein guter Teil des heutigen Außenhandels wäre damals Binnenhandel gewesen. W.G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin, 1965; A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 78-92.

³²⁾ Ebd., S. 19.

³³⁾ Angus Maddison, *Dynamic Forces in Capitalist Development*, S. 49-50.

³⁴⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 25; Vgl. Zahlen mit: Angus Maddison, *The World Economy: Historical Statistics*, o.O., 2003, S. 48-53, 81-83.

von Transaktionshindernissen (vor allem beim Waren- und Kapitalverkehr) und bilateralen Absprachen der europäischen Staaten über diese Belange beruhte. Weder große, plurilaterale Abkommen noch internationale Kontroll- und Aufsichtsorgane managten die grenzüberschreitenden Transaktionsflüsse. Die internationale Zoll- und Handelspolitik wurde durch bilaterale Verträge und vor allem durch das unilaterale Vorgehen Großbritanniens bestimmt. Ausgeglichene Zahlungsbilanzen wurden durch ein korrekatives Netzwerk „rotierender“ Verschreibungen aufrecht erhalten,³⁵⁾ im Falle größerer Unregelmäßigkeiten schritt Großbritannien durch Direktinvestitionen in dem betroffenen Land ein. Hierfür gab es keine verbindlichen Regeln, auch wurden britische Zahlungen nicht zweckgebunden vergeben.³⁶⁾

Das internationale Währungssystem basierte formal auf dem von Großbritannien ein- und durchgesetzten Goldstandard, real auf dem britischen Pfund und der Kreditwürdigkeit britischer Finanzinstitute.³⁷⁾ „Once cannot help being impressed by the relatively smooth functioning of the nineteenth-century gold standard ... Despite the relatively rudimentary state of economic knowledge concerning internal and external balance and the relative ineffectiveness of government fiscal policy as a weapon for maintaining such a balance, the external adjustment mechanism of the gold standard worked with a higher degree of efficiency than that of any subsequent international monetary system.“³⁸⁾ Die funktionale Integrität dieses Systems konnte auch aufrecht erhalten werden, als sich einige vor allem kontinentaleuropäische Staaten wieder von der Freihandelspolitik abwendeten und begannen, Schutzzölle auf ausgewählte Waren einzuführen.

Dem Erfolg dieser zweiten Welle der „Globalisierung“, also der ersten weltweiten wirtschaftlichen, nachrichtentechnischen, finanziellen und migrationstechnischen Vernetzung verschiedenster Gesellschaften unter der Ägide des freien Handels eindeutige Gründe zuzuweisen, ist eine schwierige und in diesem Rahmen nicht zu erbringende Aufgabe. Man sollte die

³⁵⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 95-100; James Foreman-Peck, *A History of the World Economy, International Economic Relations since 1850*, London u.A., 1983, S. 67-93.

³⁶⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 100; Vgl. auch: Horst Feldmann, *Internationale Umschuldungen im 19. und 20. Jahrhundert, Eine Analyse ihrer Ursachen, Techniken und Grundprinzipien*, Berlin, 1991, S. 216-236.

³⁷⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 104-108; James-Foreman-Peck, *A History of the World Economy*, S. 160-185.

³⁸⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 116.

Gründe aber nicht ausschließlich im Bereich der Wirtschaft selbst suchen. Einige andere Faktoren wären zu berücksichtigen, die jenseits der Sphäre zwischengesellschaftlicher Transaktionen standen, diesen aber wichtige Rahmenbedingungen schafften:

Der erste wäre die bereits erwähnte dominante Stellung Großbritanniens im Staatensystem. Es hatte den notwendigen Einfluss, die eigenen Vorstellungen einer internationalen Wirtschaftsordnung quasi durch einseitige Akte durchzusetzen. Großbritannien war nicht nur der wirtschaftliche Knoten und Puffer des internationalen Systems, sondern auch der weltpolitische, wie sich etwa in der Eindämmung der russischen Expansionsbemühungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts zeigte. Das britische Machtpotenzial – insbesondere in der Seerüstung, die zur Beherrschung der Handelsrouten von elementarer Bedeutung war³⁹⁾ – hatte allein durch seine Existenz eine derart abschreckende Wirkung, dass für abweichlerische Staaten zwar punktueller Entzug, aber kaum eine generelle Revision der bestehenden Ordnung in Frage kam.

Eine weitere zu berücksichtigende Tatsache ist, dass es im damaligen Staatensystem praktisch keine Peripherie gab. Die Welt war (mit Ausnahme der Polarregionen und einiger Gebiete Zentralafrikas) nicht nur bekannt und erschlossen, sondern auch in allen für das System wesentlichen Regionen durch westeuropäische Staaten – oder wie am amerikanischen Doppelkontinent durch den westeuropäischen Staaten gewogene und wirtschaftlich-gesellschaftlich ähnliche Siedlerstaaten – beherrscht und administriert.⁴⁰⁾ Unter diesen wenigen Staaten war es erstens leichter, bilaterale Übereinkünfte über die Einrichtung grenzüberschreitender Transaktionen einzurichten. Sie verfügten auch über leistungsfähige und verlässliche Verwaltungsapparate, die die angestrebte Politik in den Kolonialgebieten implementierten.⁴¹⁾ Durch die ähnliche innere Verfasstheit bürgerlich dominierter Gesellschaften und politischer Systeme war auch die stillschweigende Konvergenz der Außenhandelspolitiken und der Aufsichts- und Verwaltungspraktiken relativ hoch.

³⁹⁾ Zu diesbezüglichen strategischen Kalkülen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts vgl.: Alfred Thayer Mahan, *The Influence of Sea Power upon History*, Herford, 1967.

⁴⁰⁾ Barry Buzan, Richard Little, *International Systems in World History*, S. 256-266.

⁴¹⁾ Im britischen Emire genossen die Dominien zwar weitgehende wirtschaftspolitische Autonomie, folgten aber meist dem britischen Vorbild.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Weltwirtschaftssystem von etwa 1860 bis 1913 ohne plurinational fixierte Aufsichtsorgane und Handelsregime funktionierte, da es von wenigen potenten Staaten, deren Administrationen Zugriff auf alle für das System relevanten Erdteile hatte, getragen wurde. Man kann also durchaus von „zentral gesteuerter Globalisierung“ sprechen, auch wenn ein kleines Staatenkollektiv unter der Führerschaft des britischen Empires dahinter stand.⁴²⁾

Was die Auswirkungen der globalen Vernetzung verschiedenster Volkswirtschaften auf die sozialen und ökonomischen Strukturen angeht, so lassen sich in diesem Zeitraum viele der Phänomene beobachten, die auch heute der „Globalisierung“ zugeschrieben werden:

- die Senkung der Transaktionskosten (v.A. für Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen sowie persönliche und Massenkommunikation),
- der fast explosionsartige Anstieg zwischengesellschaftlicher Transaktionen einschließlich größerer Migrationsbewegungen (und der daraus resultierenden Verschiebung der demografischen Gegebenheiten in den Einwanderungsländern),
- die Abwanderung von Know-how und vor allem von Produktionen aus etablierten Industrienationen in junge, weniger entwickelte aber günstigere Industrienationen sowie
- der beschleunigte Aufbau dieser Industrien durch den Zufluss von Auslandsdirektinvestitionen wie deren globale Vernetzung bis hin zur Herausbildung von transnational verfassten Produktions-, Finanz- und Dienstleistungsunternehmen.⁴³⁾

Damit kann man es hier aber bewenden lassen, da hier nicht die Wirtschaft im Zentrum des Interesses steht. Wichtiger ist die Beantwortung der Frage, ob das damalige System auch Entwicklungen begünstigt hat, die gegen seinen Selbsterhalt arbeiteten, und welche Auswirkungen diese wirtschaftliche Vernetzung auf die zwischenstaatliche Sicherheitslage hatte.

⁴²⁾ Bis etwa 1890 war die Stellung Großbritanniens als Bindeglied zwischen den Weltregionen derart wichtig, dass der internationale Handel fast ausschließlich durch die britische Freihandelspolitik geregelt wurde. Daher kann das Wort „zentralisiert“ ruhig in den Mund genommen werden. Vgl.: A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 149.

⁴³⁾ James Foreman-Peck, *A History of the World Economy*, S. 1-32, 94-159.

Zur letzten Frage ist anzumerken, dass die damals – genauso wie heute – gegebene Interdependenz in den strategischen Kalkülen der Großmächte keine Rolle spielte.⁴⁴⁾ Der Erste Weltkrieg brach auf Grund machtpolitischer Rivalitäten, genauer wegen des hegemonialen Expansionsdrangs Russlands nach Südosteuropa und der deutschen Herausforderung der britischen Führerschaft aus, nicht auf Grund wirtschaftlicher Notwendigkeiten oder wirtschaftspolitischer Überlegungen. Der Krieg von 1914 bis 1918 brachte dieses Ordnungssystem auch zu Fall. Brachten kleinere Konstellationsverschiebungen in der Machtstruktur wie etwa der Aufstieg des Deutschen Reiches oder regionale Krisen wie in den neuen unabhängigen Balkanstaaten vor dem Weltkrieg stets Modifikationen oder leichte Störungen der wirtschaftlichen Sphäre mit sich, so wurden mit dem Weltkrieg und dem Ende der britischen Vorherrschaft die grundlegenden Normen und Funktionsweisen des Weltwirtschaftssystems des 19. Jahrhunderts obsolet.

Doch schon vorher folgten die wirtschaftlichen Strukturen den machtpolitischen Veränderungen: Das sinkende Vermögen Großbritanniens, protektionistische Tendenzen in einigen europäischen Staaten (allen voran im deutschen Kaiserreich) einzudämmen, als Puffer für Handelsdefizite und Zahlungsbilanzschwankungen zu dienen und seinen Vorsprung als führende Industrie-, Technologie- und Finanznation zu halten,⁴⁵⁾ ging einher mit der machtpolitischen Relativierung der britischen Führung: Besonders die Flottenrüstung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten erschütterte die britische Vormachtstellung zur See. Die Ausübung systemweiter Führerschaft kostete Großbritannien politisch, wirtschaftlich und militärisch einiges an Kraft.⁴⁶⁾ Die alleinige britische Führerschaft sorgte zwar für eine hohe Funktionalität des Systems und ersparte der Welt das Ringen um internationale Aufsichtsorgane, Freihandelsregime und Finanzinstitutionen. Dies ging aber zu Lasten des Protagonisten: Es funktionierte nur, solange der Hegemon die Kosten des Systemerhalts schulterte und für die übrigen Staaten kein anderer Weg blieb, als dem Hegemonen Gefolgschaft zu leisten.

⁴⁴⁾ Holger Afflerbach, *Der Dreibund: europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Böhlau, 2002.

⁴⁵⁾ Vgl.: A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 149ff.

⁴⁶⁾ Zur Abhängigkeit der wirtschaftlichen Sphäre von der makropolitischen Lage vgl. auch: Angus Maddison, *Phases of Capitalist Development*, Oxford, 1982.

Der aufkeimende Nationalismus in Europa und das Wettrüsten auf dem Kontinent – verbunden mit dem Wunsch nach operativer Unabhängigkeit auf dem Felde der Schwerindustrie und der Rüstungswirtschaft – haben in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg bereits zu einer Rücknahme der Freihandelspolitik besonders unter revisionistischen Staaten (allen voran das Deutsche Reich und Italien) geführt.⁴⁷⁾ Freihandel und „Globalisierung“ waren also bereits damals weder irreversibel noch einzig mögliche – quasi gottgegebene – Entwicklungen.

Man könnte auch sagen, dass einige Staaten ihren industriellen und militärischen Aufstieg über die selektive Nutzung der Vorteile des britischen Freihandelssystems vorantrieben, um dieses dann später in seiner Struktur, wenn nicht in seinem Bestand anfechten zu können. Für einen orthodoxen Revisionismus waren damals schon die Vereinigten Staaten zu haben. Die USA haben im 19. und frühen 20. Jahrhundert vermutlich am meisten von der „Globalisierung“ profitiert: Sie waren Ziel großer Personal-, Know-How- und Kapitalverschiebungen, die die inneramerikanische industrielle Entwicklung wie die territoriale Ausdehnung und Besiedelung des Westens erst ermöglichten.⁴⁸⁾ Durch eine selektiv-protektionistische Handelspolitik konnten sie ihre eigene, sich im Aufbau befindliche Industrie vor ausländischer Konkurrenz schützen, den Weltmarkt mit Industriegütern beliefern und Rohstoffe wie Nahrungsmittel vor allem aus Südamerika günstig importieren.⁴⁹⁾ Nach ihrem erfolgreichen Aufstieg zur führenden Industrienation meldeten die USA Weltgeltung ihrer Interessen an, wobei es um eine Veränderung des internationalen Systems durch Demokratisierung und Dekolonisierung wie um eine Ablöse Großbritanniens als Führungsmacht ging. Die Versuche Wilsons, an der politischen Neuordnung des Europäischen Kontinents 1918/19 mitzuwirken, und die Flottenparität mit Großbritannien, die man im Washingtoner Abkommen von 1920 zuerkannt bekam, waren Manifestationen des amerikanischen Geltungsanspruches.

Eine radikalere Form des Revisionismus legten das Deutsche Reich und – mit Zielen begrenzter geografischer Reichweite – Italien an den Tag.⁵⁰⁾

⁴⁷⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 71ff.

⁴⁸⁾ Zu diesen vgl.: Ebd., S. 27-57, 120-131.

⁴⁹⁾ Ebd., S. 96-97.

⁵⁰⁾ Zum deutschen und italienischen Revisionismus vgl.: John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, 2003, S. 168ff.

Beiden Staaten kam der Zufluss vor allem von Auslandsdirektinvestitionen zugute, und vor allem Deutschland konnte den Weltmarkt für den Export seiner damals billigen Industrieerzeugnisse nutzen. Ab 1870 war das Exportgeschäft ein wichtiges Standbein der deutschen Industrie.⁵¹⁾

Es kann also nicht als selbstverständlich angenommen werden, dass jene Staaten, die einen (nicht nur temporären, sondern auf Dauer gestellten) Vorteil aus dem offenen Weltwirtschaftssystem ziehen, dieses auch dauerhaft unterstützen oder aufrechterhalten wollen. Unter allen Zielen, die eine politische Führung verfolgen kann, ist der wirtschaftliche Vorteil eben eines, dessen Erreichung oder Erhaltung gegen andere abzuwiegen ist. Es bedarf auch einer Bewertung der Einfluss-, Militärstruktur- und Ordnungsziele, der Werte und vor allem der Vorgaben hinsichtlich des Erhalts der Macht der Elitenfraktion wie des Herrschaftspersonals, des politischen Systems an sich, des Herrschaftsraumes wie auch gewisser Muster der sozialen Ordnung, um die langfristigen Handlungsrichtlinien der Außenpolitik einzelner Staaten prognostizieren zu können.⁵²⁾ Wirtschaftliche Interdependenz reichte im 19. und angehenden 20. Jahrhundert nicht aus, um die klassischen Probleme der großen Politik, also die Fragen der Herrschaftsgeografie, der Einfluss- und der Militärstruktur,⁵³⁾ zu überdecken, geschweige denn abzulösen.

Das Staatensystem nach 1945: Dezentralisierte „Globalisierung“

Die Geschichte der jüngsten Welle der „Globalisierung“, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Führerschaft der USA begann, ist hinreichend bekannt und in der Literatur zur Genüge beschrieben.⁵⁴⁾ Was hier interessiert, bevor auf die Relevanz des Themas für die zwischenstaatliche Sicherheit eingegangen werden kann, sind wiederum die Rahmenbedingungen der großen Politik, die in diese Themenbereiche hineinspielen und für die Gestaltung der Ordnung zwischengesellschaftlicher Transaktionen von Bedeutung waren.

⁵¹⁾ W.G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts.

⁵²⁾ Gustav C. Gressel, Europäische Ostasienpolitik auf dem Prüfstand: Eine Evaluierung in den Problemfeldern der großen Politik, Diplomarbeit, Salzburg, 2007, S. 27ff.

⁵³⁾ Klaus Faupel, Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik, S. 482-489.

⁵⁴⁾ Exemplarisch sei verwiesen auf: John Williams, Chris Milner, The World Economy, A Textbook in International Economics, Cambridge, 1991, insbes. S. 329ff.

Die beiden Weltkriege erwiesen sich als Geburtshelfer einiger neuer, aber kleiner und zum Teil wenig stabiler Staaten. Mit der direkt nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden und vom Hauptprotagonisten eines neuen globalen Freihandelssystems – von den Vereinigten Staaten von Amerika – gewollten und geförderten Dekolonisierung war auch klar, dass sich mittel- bis langfristig zu diesen Staaten viele weitere junge Herrschaftssysteme gesellen werden. Der Rückbau der westlich-europäischen Imperien (auf das russische hatte man damals keinen Zugriff) bedeutete auch einen Rückbau der Regelungsbereichweite der befreundeten Staaten in Europa, ebenso eine Diversifizierung der Administration und Aufsicht bestehender Vereinbarungen oder angestrebter, noch abzuschließender Abkommen. Im Gegensatz zum britischen Empire verfügten die USA als Hegemon auch nicht über die administrative Kontrolle von vielen für den Welthandel wichtigen Regionen. Sie konnten daher durch einseitige Maßnahmen kaum jenen Einfluss auf das System ausüben, den Großbritannien auf die Weltwirtschaft des 19. Jahrhunderts hatte. Die Grundbedingungen dafür, als globaler Hegemon die Bürden des Weltwirtschaftssystems zu schultern, waren für die USA nach dem Zweiten Weltkrieg unvorteilhafter als für Großbritannien nach den napoleonischen Kriegen. „However, historically hegemony has also had special responsibilities. They have had to coordinate state’s macroeconomic policies, manage the international monetary system to enable one state’s money to be exchanged for others’, make sure that countries facing balance-of-payments deficits ... could find the credits necessary to finance their deficits, and serve as lenders of last resort during financial crises.“⁵⁵⁾

Man hat sich daher um eine Nachkriegsordnung bemüht, in der die Vereinigten Staaten zwar Führerschaft ausüben und das internationale Wirtschaftssystem nach ihren Vorstellungen einrichten können, andererseits aber die amerikanische Politik vom Rest des Systems mitgetragen und implementiert wird. Als Gegenleistung für die erbrachte Gefolgschaft musste man den Staaten allerdings Mitgestaltungs- und Einflussmöglichkeiten einräumen. Freilich funktioniert ein kollektives Management des Weltwirtschaftssystems nur dann, wenn die am Management beteiligten Staaten ihren selbst auferlegten Pflichten auch nachkommen können und die getroffenen Entscheidungen nicht hintertreiben oder sich in eine Trittbrettposition zurückfallen lassen.

⁵⁵⁾ Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, *World Politics, Trend & Transformation*, Ninth Edition, Belmont u.A., 2004, S. 315.

Da eine Kollektivierung der Ordnungsaufgaben aber ohnehin ein Set verbindlicher Normen wie auch zumindest zwischenstaatliche Absprache benötigt, kreierte man in der Nachkriegszeit entsprechende Regime⁵⁶⁾ – genauer das GATT, später WTO, wie das so genannte „Bretton-Woods“-System: Goldbindung des US-Dollars und staatlich administrierte Wechselkurse⁵⁷⁾, um die internationalen Handels- und Finanzbeziehungen zu regeln. Eine besondere Rolle kam auch internationalen Aufsichts- und Managementorganen zu, genauer dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Dieses kollektive Management wurde auch im Felde der großen Politik mit der Gründung der Vereinten Nationen als Organisation der Kollektivhegemonie der fünf Siegermächte aus dem Zweiten Weltkrieg eingeführt.⁵⁸⁾

Das Auslagern hegemonialer Aufgaben an Verbündete und internationale Organisationen ist und war nicht unumstritten. „But it has to be said that the concept of transcending balance of power politics through the pursuit of a liberal international order is not exactly a new one. Nor has it necessarily proven reliable in the past. Americans in fact have a long history of believing exactly this: that the promotion of a liberal international system will somehow permit the United States to pursue extremely ambitious or even hegemonic foreign policy goals without having to pay a heavy price for it. ... The United States would Americanize the international system, without actually having to police it.“⁵⁹⁾ Die Kollektivierung der Ordnungsaufgaben gibt kleineren Staaten die Möglichkeit, das System für die Erpressung taktisch-kurzfristiger Vorteile zu instrumentalisieren oder den Hegemonen zur Beförderung eigener Status- und Einflussinteressen jenseits konkreter Gewinnziele zu bändigen. Die amerikanische Führerschaft wurde jedenfalls akzeptiert – erstens auf Grund der sowjetischen Bedrohung (besonders am europäischen Kontinent), derer man sich nur durch ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten sicher erwehren konnte, zweitens auf Grund des breiten Interesses der Nachkriegseliten in Europa und Asien an einer

⁵⁶⁾ Genauer dazu: Klaus Faupel, Internationale Regime als Gegenstände für sozialwissenschaftliche Forschung, in: Jahrbuch der Universität Salzburg 1981-1983, S. 95-105; Michael Zürn, Interessen und Institutionen in der internationalen Politik: Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes, Opladen, 1992;

⁵⁷⁾ Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, World Politics, S. 319-329.

⁵⁸⁾ Werner Link, Die Neuordnung der Weltpolitik, Grundprobleme an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München, 1998, S. 110f..

⁵⁹⁾ Colin Dueck, New Perspectives on American Grand Strategy: a Review Essay, in: International Security, Vol. 28, Nr. 4, Spring 2004, 197-216, S. 212.

bürgerlichen Restauration, die man durch eine Integration in die westliche Wirtschaftssphäre abzusichern suchte und drittens auf Grund der Bereitschaft der USA, ihren Verbündeten großzügige Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe zu gewähren. Die amerikanische Führerschaft kann auch über das Ende der Paktkonfrontation hinaus akzeptiert werden, solange ihr durch Gefolgschaftsstaaten noch Vorteile abgerungen werden können.

Somit nahm die „dritte Welle der Globalisierung“ ihren Lauf. Außenzölle wurden für Industrieprodukte weitestgehend abgebaut (für landwirtschaftliche Erzeugnisse bleiben weiterhin hohe Schutzzölle in vielen Industriestaaten in Kraft, was zu hoher Unzufriedenheit unter landwirtschaftlich starken Schwellenländern führt)⁶⁰⁾, ebenso bemüht man sich laufend, nichttarifäre Handelshindernisse zu beseitigen. Der Welthandel und der internationale Kapitalmarkt verzeichneten hohe Zuwachsraten und nehmen in der heutigen Weltwirtschaft eine ähnlich bedeutende Stellung ein wie im späten 19. Jahrhundert.⁶¹⁾ Beide trugen – zumindest in den Industriestaaten und in einigen Schwellenländern Asiens – zu einem weiteren Anstieg der Produktivität und des Breitenwohlstandes bei.

Für das Thema dieses Beitrages ist die Frage interessant, ob die „Globalisierung“ – also die Folgeerscheinungen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung – als irreversibler Prozess von der hegemonialen Rolle der Vereinigten Staaten unabhängig fortschreitet, oder ob diese Wirtschaftsordnung weiterhin vom Vermögen der USA abhängig sein wird, diese auch aufrecht zu erhalten.

Von Seiten des liberalen Lagers wird ins Felde geführt, dass die internationale Wirtschaftsordnung durch die ihre Routineabläufe regelnden plurilateralen Regime auch ohne einen Hegemonen funktionsfähig wäre und es auf Grund der aus wechselseitiger Vernetzung einzelner Wirtschafts- und Gesellschaftsräume (Interdependenz) gezogenen ökonomischen Vorteile auch im Interesse der übrigen Staaten liegt, dieses System aufrecht zu halten.⁶²⁾ Schließlich haben sich die Vereinigten Staaten seit Ende des Bretton Woods-Systems

⁶⁰⁾ Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, *World Politics*, S. 335-344.

⁶¹⁾ Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, *World Politics*, S. 342-343; A.G. Kenwood, A.L. Loughheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 299-307.

⁶²⁾ Vgl.: Stephen P. Krasner, *International Political Economy*, in: Joel Krieger (Ed.), *The Oxford Companion to Politics of the World*, 2nd Edition, New York, 2001, S. 420-422; Robert O. Keohane, *After Hegemony, Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, 1984.

von den Steuerhebeln des Währungssystems zurückgezogen und mit der Gründung der WTO auch ihre Aufsichts- und Korrekturaufgaben, die man zur Durchsetzung und Einhaltung der im Rahmen der GATT-Verhandlungen getroffenen Übereinkünfte wahrgenommen hatte, ausgelagert.⁶³⁾

In der liberalen Argumentation wird allerdings übersehen, dass sich die amerikanische Regierung zwar aus einigen wirtschaftspolitischen Steuerungsaufgaben zurückgezogen bzw. diese ausgelagert hat, aber ihre Position der Führerschaft der westlichen Welt niemals aufgab, geschweige denn Anstrengungen zu deren Erhalt und Ausbau unterließ. Im Gegenteil, in manchen Feldern konnte sie diese sogar ausbauen: Durch die Nachrüstungs-bemühungen nach dem NATO-Doppelbeschluss, durch den Ausbau des konventionellen Rüstungsvorsprungs zur Sowjetunion mit der Einführung neuer Kommunikations- und Sensortechnologien für freier geführte Land-operationen (FM-100-5-Operations) seit den 80er Jahren⁶⁴⁾ (aus diesen wurde dann später die „Revolution in Military Affairs“) und durch die SDI-Initiative Ronald Reagans konnten die USA ihre militärisch-technologische Führungsrolle mehr als halten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der in Russland und Europa eintretenden Abrüstung verstärkte sich dieser Trend umso mehr. Die Vereinigten Staaten kommen heute für etwa 40 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben⁶⁵⁾ auf und haben weltweit etwa 585.000 Mann in 49 Staaten und teilsouveränen Gebieten wie den drei Weltmeeren und dem Mittelmeer stationiert.⁶⁶⁾ Mit diesem Potenzial bzw. dessen Einsatz schultern die USA die Sicherheitslage ihrer Verbündeten wie die makropolitische Stabilität des gesamten Systems. Auch die wichtigsten „Reparaturarbeiten“ der zwischenstaatlichen Sicherheitslage können nicht ohne amerikanisches Mitwirken gemeistert werden. Alle westgebundenen Staaten⁶⁷⁾ wenden zusammen etwa 81 Prozent der weltweiten Militärausgaben⁶⁸⁾ auf – auch wenn darauf hingewiesen werden muss, dass man Verteidigungsausgaben nicht direkt

⁶³⁾ A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 276-282, 292-297; Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, *World Politics*, S. 325-332.

⁶⁴⁾ Friedrich Wiener, *Die Armeen der NATO-Staaten, Organisation – Kriegsbild, Waffen und Gerät*, fünfte, völlig neu bearbeitete Auflage, Wien, 1984, S. 359-360, 384-385.

⁶⁵⁾ *The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 2006*, London, S. 403.

⁶⁶⁾ *Ebd.*, S. 40-44.

⁶⁷⁾ Also die NATO- und EU-Mitgliedsstaaten ohne der Türkei, dafür noch Kroatien, der Schweiz, Japan, Australien, Neuseeland, Südkorea, Taiwan, Thailand, Singapur und Israel.

⁶⁸⁾ Zahlen aus: *The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 2006*, London, S. 27-393.

in militärische Potenziale übersetzen kann, da Soldaten in Drittweltländern in der Regel billiger sind als in der Ersten Welt und gerade in Europa ein Großteil der Armeen uniformierte Verwaltungsapparate darstellen, die nur zu einem sehr geringen Teil verlegungs- bzw. einsatzfähig sind. Eine offene Herausforderung der amerikanischen Führerschaft und des durch die USA getragenen Ordnungssystems durch eine revisionistische Macht (wie die deutsche Herausforderung der britischen Vorherrschaft) ist noch auf absehbare Zeit nicht möglich.

Die Tage der amerikanischen Hegemonie sind also noch nicht gezählt, auch nicht, wenn die USA ihre ökonomischen Steuerungsaufgaben weiter zurückfahren. Eine Auslagerung der Routine-Managementaufgaben war von Anfang an Bestandteil des Ordnungssystems, kann also auch bei Trendverstärkung nicht als Systemversagen gewertet werden. Ob der gegenwärtige Trend zur Globalisierung daher ein anhaltender und die Ära amerikanischer Vorherrschaft überdauernder Prozess ist, kann aus heutiger Sicht nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden. So wie der britische Hegemonialzyklus könnte auch der amerikanische an Problemen der großen Politik scheitern, deren Entstehung durch das eigene Ordnungssystem zumindest mitbegünstigt wird. Zwei Fragen gilt es hierzu nachzugehen: erstens ob sich heute schon revisionistische Tendenzen im Staatensystem festmachen lassen, die etwas über die Natur der zukünftigen Herausforderer preisgeben, zweitens ob die USA als derzeitiger Hegemon in dieser Aufgabe erschöpft oder überfordert werden könnten.

„Revisionismus und Peripherie: die Grenzen hegemonialer Ordnungsfähigkeit“

Der Gebrauch des Wortes „Revisionismus“ für ein politisches Bestreben, das auf die Veränderung von Strukturen und Ordnungen im größeren Rahmen abzielt, ist nicht allzu geläufig, eignet sich aber in der Analyse der internationalen Politik gut für die Sortierung von Konflikten und politischen Strömungen.⁶⁹⁾ Die Bezeichnung geht auf Barry Buzan zurück, der orthodoxen, radikalen oder revolutionären Revisionismus unterscheidet.

⁶⁹⁾ Die Erklärungen zu Thema Revisionismus wurden leicht abgeändert übernommen aus: Gustav C. Gressel, Europäische Ostasienpolitik auf dem Prüfstand, Eine Evaluierung in den Problemfeldern der Großen Politik, Diplomarbeit, Salzburg, 2007, S. 174-176.

det. Orthodoxer Revisionismus beschränkt sich auf das Ziel, die eigene Machtposition im System zu verbessern. Revolutionärer Revisionismus zielt darüber hinaus darauf ab, die Spielregeln des Systems fundamental zu verändern. Die radikale Variante liegt zwischen beiden und will die Verbesserung der Machtposition jedenfalls mit einer Reform der Spielregeln verbinden.⁷⁰⁾ Ziele für Veränderungswünsche gibt es zahlreiche. Sie können sowohl den Staats- und Gesellschaftsaufbau im Inneren als auch die Ordnungen und Strukturen des Staatensystems betreffen.

Revisionismus Ziele:⁷¹⁾

<i>Herrschaftsintern</i>	<i>Herrschaftsextern</i>	
---	<i>Struktur</i>	<i>Ordnung</i>
Macht	Herrschaftsgeografie (reale Herrschaft über Territorien)	Organisationsprinzipien der politischen Geografie (Legitimierung territorialer Gliederungen)
Herrschaftspersonal	Macht/Einflussstruktur	Machtordnung, Modi zwischenstaatlicher Interaktion/Regelung des politischen Verkehrs
Machtbeteiligung		
Machtblöße	Militärstruktur	Militärordnung
Territoriale Organisation		
Autonomie		
Separation/Unabhängigkeit	Faktische Strukturen diverser Sphären zwischengesellschaftlicher Routinetransaktionen	Regelung von Struktur und Ablauf in diversen Sphären zwischenstaatlicher Routinetransaktionen/Regelung der Interaktion transnationaler Einheiten
Irredentismus		
Regime:	Faktische Strukturen diverser Sphären zwischengesellschaftlicher Routinetransaktionen	Regelung von Struktur und Ablauf in diversen Sphären zwischenstaatlicher Routinetransaktionen/Regelung der Interaktion transnationaler Einheiten
Herrschaftsstruktur (monistisch oder pluralistisch)		
Politische Willensbildung (monopolisiert oder konkurrierend)	Faktische Strukturen diverser Sphären zwischengesellschaftlicher Routinetransaktionen	Regelung von Struktur und Ablauf in diversen Sphären zwischenstaatlicher Routinetransaktionen/Regelung der Interaktion transnationaler Einheiten
Politische Repräsentation (partiell oder total)		
Gesellschaftsstruktur		

Von Revisionismus kann man in weiterer Folge sprechen, wenn mehrere der oben in der Tabelle veranschaulichten Felder von Veränderungswünschen betroffen sind, diese grundlegend zu erfolgen haben und dieser Veränderungswunsch Grundlage zumindest längerfristigen politischen Handelns wird. Revisionistische Bestrebungen heben sich auch durch die Entwicklung

⁷⁰⁾ Barry Buzan, *People, States, and Fear*, New York, 1991, S. 303-311, auch: Klaus Faupel, Die Wertkomponente in den Denkschulen der Disziplin Internationale Politik, in: Gerhard Zecha (Hg.), *Werte in den Wissenschaften: 100 Jahre nach Max Weber*, Tübingen, 2006, S. 207-245.

⁷¹⁾ Tabelle aus: Gustav C. Gressel, *Europäische Ostasienpolitik auf dem Prüfstand*, S. 175; Zur herrschaftsinternen Dimension vergleiche auch: Klaus Faupel, *Dimensionen der Souveränität*, S. 181-201.

alternativer Ordnungsvorstellungen bzw. konkreter Ordnungen, die dem althergebrachten System entgegengestellt werden, hervor. Im internationalen Verkehr sind diese an den Ausprägungen eigener Völkerrechtsdoktrinen mit eigenen Normen, Werten und Verfahrensregeln zu erkennen. Die Ausgestaltung revisionistischer Völkerrechtslehren bezieht sich meistens auf die Illegitimität der bisherigen Ordnung, die Abschottung der eigenen Gemeinschaft durch eigene Verfahrensregeln innerhalb der „Bruderstaaten“, die fehlende Rechtsbindung von Verträgen mit den „Anderen“ und die Legitimierung der Revisionsbestrebungen gegenüber Dritten, insbesondere auf dem Feld der Gewaltanwendung.

Der islamische Revisionismus ist der revolutionärste Revisionismus, der gegenwärtig im Staatensystem beobachtet werden kann. Es hegt ihm um das Brechen der westlichen Vorherrschaft in der Welt und um einen systemweiten Umbau sowohl der Staatengesellschaft als auch der Regime und Gesellschaftsordnungen von westlich-säkularen Staaten im Sinne einer islamischen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung. Ob der islamische Revisionismus mehr als Störpotenzial entwickeln können wird, ist ungewiss. Die meisten Regierungen islamischer Staaten halten sich bei der Unterstützung dieser Bewegungen zurück und überlassen die Austragung dieses Systemkonfliktes privaten Organisationen. Jene Staaten, die sich dem islamischen Revisionismus verschreiben wie etwa der Iran oder Afghanistan zur Zeit der Taliban müssen angesichts des westlichen Gewaltmittelpotenzials eher um ihr Überleben ringen als die bestehende Ordnung anfechten zu können. Greifen kann der islamische Revisionismus allerdings in der Peripherie des Staatensystems, deren Ausbreitung durch diese Ideologie mitbegünstigt wird.⁷²⁾ Weiters finden seine politischen Ziele in islamischen Diasporen weite Akzeptanz. Wenn das westliche Abschreckungspotenzial schrumpft oder speziell in Europa sich die demografischen Gegebenheiten durch Migration und ungleiche Reproduktionsraten verschieben, könnte dieser politischen Strömung eine breite Zukunft beschieden sein.

Eine auf islamischen Rechtsnormen basierende internationale Ordnung⁷³⁾ wäre freilich mit allen anderen westlichen und nichtwestlichen Ordnungen inkomp-

⁷²⁾ Monica Duffy Toft, *Getting Religion? The Puzzling Case of Islam and Civil War*, in: *International Security*, Vol. 31, Nr. 4, Spring 2007, S. 97-131.

⁷³⁾ Majid Khadduri, *International Law, Islamic*, in: Rudolf Bernhardt, u.A. (Hg.), *Encyclopaedia of Public International Law*, Volume Two, Amsterdam u.A., 1995, S. 1236-1242.

tibel. Sie wäre das Ende nicht nur der westlich geprägten Staatengesellschaft, sondern auch des gegenwärtigen globalen Staatensystems an sich.

Die potenteren Staaten des Systems sind zurückhaltender, was die Veränderungswünsche der internationalen Ordnung angeht. Soweit es die Ordnungen zwischengesellschaftlicher Transaktionen betrifft, steuert man eher auf regionale Abschottung oder Differenzierung. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war die erste dauerhaft erfolgreiche regionale Ordnung, die die regionale Kooperation vertiefte und gleichzeitig durch eigene Subventionen und Außenzölle das Gemeinschaftsgebiet vom Rest der Welt absetzte.⁷⁴⁾

Innerhalb der Union konnte man die Freihandelspolitik um Regulierungen in anderen Politikbereichen (Infrastruktur, Bildung, Forschung, Kultur, etc.) ergänzen und so die Gestaltung der wirtschaftlichen Sphäre in eine breitere, den indigenen Bedürfnissen entsprechende politische Ordnung einbetten. Ob ein System verschiedener regional-autonomer Integrationsräume das derzeitige globale Ordnungssystem ablösen können wird, ist Gegenstand breiter Diskussion. Allerdings haben diverse Nachahmungen der europäischen Wirtschaftsintegration in anderen Weltregionen Schiffbruch erlitten oder nicht jene Bedeutung erreicht, die man sich ursprünglich erhofft hatte.⁷⁵⁾ Lediglich in Ostasien könnte sich unter chinesischer Hegemonie ein weiter stabiler Integrationsraum auf tun,⁷⁶⁾ die nord- und südamerikanischen Freihandelszonen müssen sich erst bewähren.

Was die ordnungspolitischen Absichten Chinas angeht, so lassen sich revisionistische Tendenzen nicht abstreiten. „The unfair and irrational old international political and economic order has not been fundamentally changed. ... China is ready, together with other countries, to ... exert active efforts to establish a fair and rational new international political and economic order

⁷⁴⁾ Der protektionistische Aspekt der EU wird in der angelsächsischen Literatur stärker betont als in der deutschsprachigen. Man sollte die Gründe hierfür nicht nur in ideologischen Differenzen sehen: für die überseeische englische Sprachgemeinschaft ist der „Rest der Welt“ viel näher und bedeutender als für Mitteleuropäer. Exemplarisch sei verwiesen auf: A.G. Kenwood, A.L. Lougheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 285-286.

⁷⁵⁾ Ebd., S. 289-290.

⁷⁶⁾ Vgl. John Wong, Sarah Chan, *China-ASEAN Free Trade Agreement, Shaping Future Economic Relations*, in: *Asian Survey* 43:3, May/June 2003, Berkeley, S. 507-526; David Shambough, *China Engages Asia: Reshaping the Regional Order*, in: *International Security*, Vol. 29, Nr. 3, Winter 2004/05, S. 64-99; David Martin Jones, Michael L.R. Smith, *Making Process, Not Progress: ASEAN and the Evolving East Asian Regional Order*, in: *International Security*, Vol. 32, Nr. 1, Summer 2007, S. 148-184.

and achieve lasting peace and universal prosperity in the world.⁷⁷⁾ Allerdings verraten die gegenwärtig bekannten Positionen der chinesischen Führung zu weltpolitischen Fragen noch nicht, wie eine „gerechte Weltordnung“ oder eine „harmonische Welt“ auszusehen haben. Zurzeit zieht China aus dem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem auch bedeutende technologisch-wirtschaftliche Vorteile, etwa durch die Auslagerung von Produktion aus westlichen Industriestaaten, den Fluss von Auslandsdirektinvestitionen nach China, den Technologietransfer oder das gute Exportgeschäft für China. Dementsprechend ist es auch bereit, sich in das gegenwärtige Ordnungssystem einzufügen, etwa durch den Beitritt zur Welthandelsorganisation im Jahre 2001. Sowie das Deutsche Reich im 19. Jahrhundert die hegemoniale Ordnung Großbritanniens ausnutzte, um seine Wirtschaft selbst zu modernisieren und letztendlich mit diesem Potenzial gegen Großbritannien anzutreten, könnte auch China die Konformität mit westlichen Ordnungsvorstellungen dann beenden, wenn das eigene Militär stark genug ist, um sich gegen den alten Hegemonen zu behaupten, und wenn der chinesische Binnenmarkt und der unter eigener Führerschaft integrierte asiatische Regionalmarkt groß genug sind, um China operativ unabhängig zu machen.

Doch selbst wenn sich die wirtschaftliche Regionalisierung etwa unter dem Druck der sich ausbreitenden Peripherie verstärken sollte, wird es vor allem in Fragen des weltweiten Energienachschubes stets einen interregionalen Entscheidungsbedarf geben.⁷⁸⁾ Die Bemühungen der USA, ihren Einfluss in den für die weltweite Energieversorgung wichtigen Regionen – bis hin zum gewaltsamen Regimewechsel im Irak – auszubauen, könnte aus der Perspektive der präventiven Entschärfung chinesisch-amerikanischer Kriegsgründe strategischen Wert haben. Allerdings hat so eine Mutmaßung einen starken spekulativen Zug, und letztlich sollte man auch systemweite Ordnungspolitik nicht auf Ressourcenfragen reduzieren.

Was die Rolle der Vereinigten Staaten als Führungsmacht angeht, so werden diese ihren wirtschaftlich-technologischen und vor allem militärischen Vorsprung gegenüber anderen Mächten noch auf absehbare Zeit behaupten

⁷⁷⁾ Ministry of the Peoples Republic of China, China's Views on the Current International Situation, vom 18.08.2003, unter: www.fmprc.gov.cn/eng/wjdt/wjzc/t24882.htm.

⁷⁸⁾ Frank Umbach, Zukünftige Auswirkungen der energiepolitischen Abhängigkeit Chinas und Asiens vom Mittleren Osten und von Zentralasien, in Erich Reiter (Hg), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2002, Band 2, Hamburg, Berlin, Bonn, S. 191-220.

können. Allerdings kostet das einiges an Kraft und Ressourcen. Vor allem die Begegnung der Herausforderung des Status quo durch transnational verfasste Handlungseinheiten unter islamischem Banner, die etwas ungenau die Bezeichnung „war on terror“ trägt, und der Versuch der USA, die Regionen, die für die Weiterentwicklung der Weltwirtschaft insbesondere in der Energiefrage von zentraler Bedeutung sind, direkt zu kontrollieren, kosten erhebliche militärische Kraftanstrengungen. Das anhaltend hohe Handelsdefizit, die negative Zahlungsbilanz und der schwache US-Dollar sind sichtbare Zeichen der hohen finanziellen Belastung, die das permanente militärische Engagement mit sich bringt.⁷⁹⁾ Die gegenwärtigen Anstrengungen haben auch ihre Opportunitätskosten: Die starke Präsenz in Afghanistan und im Irak macht ein militärisches Eingreifen der USA etwa gegen den Iran fast unmöglich und gibt diesem die Chance, sein Nuklearprogramm ungehindert zu forcieren.⁸⁰⁾ Die Überdehnung des militärischen Engagements der Vereinigten Staaten und die dadurch in Gang gekommene Diskussion um Ab- und Rückzüge amerikanischer Truppen aus verschiedenen Schauplätzen⁸¹⁾ streuen Zweifel an der amerikanischen Ordnungsfähigkeit und verunsichern die Gefolgschaft leistenden Staaten.

Tendenzen der Schwächung des Hegemonen sind also feststellbar. Ein Auslagern der Aufsichtsaufgaben im Bereich der zwischenstaatlichen Sicherheit an kollektive Organe bzw. eine kollektive Aufsicht (in der politischen Diskussion als Multilateralismus bezeichnet) kann auch nicht als erfolgversprechende Alternative zur amerikanischen Hegemonie gesehen werden: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen griff nur in 3 Prozent der zwischenstaatlichen Konfrontationen – die er ja hintanhalten sollte – bereinigend ein.⁸²⁾ Auch lässt sich hier kein Trendbruch zwischen der Zeit der Paktkonfrontation und der Zeit nach dem Kalten Krieg nachweisen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen blieb in jeder weltpolitischen Lage ein ineffizientes Organ der kollektiven Sicherheit.

⁷⁹⁾ Charles W. Kegley, Eugene R. Wittkopf, *World Politics*, S. 317.

⁸⁰⁾ Der beste aktualisierte Überblick über das iranische Atomwaffenprogramm findet sich unter: <http://www.globalsecurity.org/wmd/world/iran/nuke.htm> und den nachgeordneten Seiten.

⁸¹⁾ Vgl.: The International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 2006*, S. 17; Bush calls for withdrawing some troops from Iraq, *International Herald Tribune*, 14.09.2007; Bush outlines Iraq plan with multiple audiences in mind, *International Herald Tribune*, 14.09.2007.

⁸²⁾ Genauer: Gustav C. Gressel, *Das Gewaltmanagement der Vereinten Nationen – Eine Bilanz*, Seminararbeit, Salzburg, 2004, S. 16ff.

Bei einer derart geringen Funktionalität des Sicherheitsrates ist es kaum vorstellbar, dass sich in einem plurizentristischen Staatensystem eine ähnliche makropolitische Stabilität einstellt wie unter unipolarer Hegemonie. Die Tendenz eines freilaufenden Staatensystems scheint grundsätzlich eher Richtung Anarchie denn Richtung Ordnung zu laufen,⁸³⁾ und die sich auftuenden destabilisierenden Tendenzen geben frei spielenden Mächten oft günstige Gelegenheiten, durch deren Ausnutzung dem Konkurrenten zu schaden. Man könnte hier durchaus Parallelen zu dem erfolglosen Versuch in den 30er Jahren ziehen, den Goldstandard ohne leistungsfähigen britischen Hegemonen wieder einzuführen.⁸⁴⁾ Ein ordnungspolitisches Projekt ist nur so gut, wie es durch Einfluss, Entlohnung oder Sanktionierung (auch in Form von Gewalt) durchgesetzt wird. Somit sollte man sich eine abschließende Betrachtung des Themas „Globalisierung“ für das Ende des amerikanischen Hegemonialzyklus aufheben.

Nun gilt es noch eine Tendenz im Staatensystem hervorzuheben, die für die weitere Beurteilung der Frage nach den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung und ihrer strukturellen Folgeerscheinungen auf den Gewaltmitteleinsatz von Relevanz ist: Die Ausdehnung der Peripherie.

Wie bereits angemerkt wird das Wort Peripherie heute in recht unterschiedlichen Zusammenhängen gebraucht.⁸⁵⁾ Hier soll jener Teil der Welt damit bezeichnet werden, der zwar besiedelt, aber nicht Teil des Staatensystems ist. Das heißt er ist nicht ausreichend herrschaftlich durchorganisiert, um mit den dort anzutreffenden Herrschaftssystemen Abkommen zu schließen, oder die Herrschaftssysteme sind derart kurzlebig und unberechenbar, dass auch abgeschlossene Abkommen keinen Bestand haben.

Für die Römer war dies etwa der germanische Norden, für die Chinesen die mongolische Hochebene usw.. Es gab vor der weltweiten Expansion der europäischen Staatengesellschaft für jedes Staatensystem oder Universalimperium ein Barbarenland – sprich eine Peripherie. Diese war für die Sicherheit der „zivilisierten Welt“ nicht unbedeutend (die chinesische Mauer ist ein bis heute sichtbares Zeichen dieser Gefahr), jedoch lagen die dort

⁸³⁾ John J. Measheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, S. 29ff.

⁸⁴⁾ A.G. Kenwood, A.L. Loughheed, *The Growth of the International Economy 1820-2000*, S. 193-210.

⁸⁵⁾ Anfangs vor allem in der Imperialismuskritik und heute vor allem in der quasimarxistischen Weltsystemtheorie. Vgl.: Rudolf Walter, Dieter Groh, Jörg Fisch, *Imperialismus*, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhard Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart, 2004, S. 171-236; Andreas Nölke, *Weltsystemtheorie*, S. 309-335.

ansässigen Völker stets außerhalb der politisch-militärischen Reichweite der Zentren, sodass ihnen nicht beigegeben werden konnte.

Die moderne Spielart der Peripherie ist freilich keine *terrae incognitae* mehr, auch ist sie – zumindest der Form halber – in Staaten aufgeteilt, mit denen man theoretisch zu Abschlüssen kommen könnte. Doch haben solche in schwachen oder gescheiterten Staaten kaum Relevanz. „Für die Staatengesellschaft beginnt das Problem schon mit den schwachen Staaten. Eine Herausforderung entsteht aber erst dann, wenn nicht mehr bloß punktuell, lokal, die Innere Souveränität ihre letzte Bastion verliert, die Ausübung von Herrschaft nicht länger akzeptiert oder nicht mehr versucht wird, vielleicht sogar das Gewaltmonopol des Staates zusammenbricht. *Gescheiterte Staaten* vermindern die Funktionsfähigkeit des ganzen Systems, denn auf ihrem Territorium greift alles internationale Recht ins Leere. Hier bemüht man sich denn auch von Seiten des Systems, den Verfall aufzuhalten bzw. aus Staatsruinen Staatsbaustellen zu machen.“⁸⁶⁾ Das Unterfangen ist jedoch nicht einfach und kostet – wie im Irak, in Afghanistan oder im Kongo – erheblichen Mitteleinsatz seitens der etablierten Staaten. Ein Erfolg, um bei den oben erwähnten Beispielen zu bleiben, ist nicht immer sicher.⁸⁷⁾

Weite Teile der Erde sind in Quasi-Staaten,⁸⁸⁾ also Staatsattrappen aufgeteilt, hinzu kommen noch einige Staatsruinen und manche Staatsbaustellen. Auch wenn der Informationsstand über die Abläufe in der Peripherie heute höher ist als in vergangenen Epochen, scheint die etablierte Staatengesellschaft – unter anderem in Fragen der Sicherheit – ähnliche Probleme mit der Peripherie zu haben als schon Jahrtausende zuvor: Kriminalität, Migration, Piraterie, periphere Kriege, Einfälle und ähnliches. Dabei scheint es aus der historischen Perspektive relativ egal zu sein, ob die etablierten Staaten sich um aktives Engagement – also Eingliederung der Peripherie in die Staatengesellschaft, entweder durch imperiale Expansion oder durch Hilfestellung – oder um passive Abschottung bemühen. Problematisch könnte aber die Größe der Peripherie werden: Sie umfasst heute schon Subsahara-

⁸⁶⁾ Klaus Faupel, Dimensionen der Souveränität, S. 200; Hervorhebung entspricht dem Original.

⁸⁷⁾ Zu einer Übersicht vgl.: David M. Edelstein, Occupational Hazards: Why Military Occupations succeed or fail, in: *International Security*, Vol. 29, Nr. 1, Summer 2004, S. 49-91; Wobei man anmerken muss, dass Edelstein bei der Beurteilung der Feststellung von Erfolgen recht großzügig ist und zweitens die UN-Geführten oder mandatierten Okkupationen auslässt. Zudem wird die kulturelle Komponente vernachlässigt.

⁸⁸⁾ Näheres hierzu: Robert H. Jackson, *Quasi – States: Sovereignty, International Relations and the Third World*, Cambridge, 1990.

Afrika und Teile Lateinamerikas wie Zentralasiens. Die arabischen Staaten und Persien werden nur durch die Erdöleinnahmen über der Schwelle des Chaos gehalten. In Südostasien versuchen Laos, Kambodscha und Vietnam über diese hinauszusteigen, dafür sind Burma und Bangladesch zur Peripherie zu zählen, Pakistan ist zumindest Anwärter.

Auffallend ist, dass sich die Ausbreitung des peripheren Chaos oft mit der Adaption vormoderner, meist islamisch-revisionistischer Ordnungsvorstellungen deckt – etwa im Sudan, in den Palästinensergebieten, in Afghanistan, im Irak, in Aceh, Nigeria, Sierra Leone, im Tschad, in Mauretanien und vielleicht auch bald in Pakistan. Dies zieht freilich auch die langfristige Stabilität jener Regionen in Zweifel, in denen durch Migration oder demografische Verschiebungen das soziokulturelle und politische Gefüge ins Wanken geraten könnte: genauer in Russland und Europa.⁸⁹⁾

Die Geschwindigkeit und die Art der Ausbreitung der Peripherie wird – neben der Fähigkeit der USA, ihre Führungsrolle zu behaupten – die zweite Variable, die das Wirtschaftsordnungssystem des späten 21. Jahrhunderts am wahrscheinlichsten bestimmen wird. Es wird sich weisen, ob man den freien Fluss zwischengesellschaftlicher Transaktionen unter einem geringen Maß an Aufsicht im globalen, selektiv interregionalen oder nur im regionalen Rahmen weiterführen können, oder ob man durch Wiedereinführung stärkerer Grenzaufsichten und deren Finanzierung durch Zölle oder andere Abgaben weite Teile der freien grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Vernetzung wieder rückgängig machen wird.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die zwischenstaatliche Sicherheitslage

Ob und wie sich die „Globalisierung“ auf die politisch motivierte Gewaltmittelanwendung ausgewirkt haben könnte, ist schwerer zu beantworten als der „Globalisierung“ selbst einen analytischen Mehrwert abzurufen. Freilich veränderte sich die Gewaltmittelanwendung über die letzten 60 Jahre grundlegend. Es fragt sich nur, ob die „Globalisierung“ wirklich die unabhängige Variable in diesem Spiel ist.

⁸⁹⁾ Eine etwas überspitzte, aber letztlich schwer von der Hand zu weisende Argumentation liefert: Bat Ye'or, Eurabia, The Euro-Arab Axis, o.O., 2005.

„Negative Auswirkungen der Globalisierung“⁹⁰⁾ (bezogen meist auf die Aktivitäten privater Gewaltorganisationen) werden in zahlreichen staatlichen Grundlagen- und Planungsdokumenten als streitkräfterelevante Risiken angeführt, und sie scheinen tatsächlich Grundlagen für militärische Einsatzplanung zu sein. Allerdings sind Kleinkrieg, Destabilisierung, Terror und Unterwanderung des historisch nicht immer gegebenen Gewaltmonopols der Staaten durch private Organisationen kein Produkt des 20. Jahrhunderts. Der Grund für diese Einschätzung liegt in der Natur des politischen Diskurses: „Dessen Kennzeichen liegt darin, dass er im Unterschied zum wissenschaftlichen Diskurs nicht informativ-designativ, sondern evaluativ-präskriptiv ist. Nicht nur um Orientierung geht es, sondern auch und vor allem um die Gestaltung gemeinsamer Universa. Bedürfnisse und Interessen verleiten hier zu strategischem Sprachgebrauch.“⁹¹⁾ Gewalt als politisches Druckmittel wird angewendet, wenn eine gewünschte Veränderung erzielt werden soll. Wenn jedoch, wie es vor allem beim islamischen Revisionismus der Fall ist, die politische Klasse mit der Existenz der Bewegung an sich schon ein normatives Problem hat und vielleicht noch aus wirtschaftlichen Erwägungen um ein gutes Verhältnis zu jenen Staaten und Gesellschaften bemüht ist, die als Wurzel des Problems angesehen werden können (Saudi-Arabien zum Beispiel),⁹²⁾ ist es durchaus von Vorteil, die öffentliche Kommunikation von Sicherheitsrisiken hinter allgemeinen und nicht zuweisbaren Floskeln zu verstecken. Umgekehrt kann diese auch als nahezu unerschöpfliches Reservoir an Kritikgründen für die Außenpolitik unbeliebter Administrationen dienen. Viel der angewandten Literatur hilft also dabei nicht weiter, Trends des (staatlichen) Gewaltmittel-einsatzes in der internationalen Politik zu analysieren.

Den Anfang kann man machen, indem man sich zunächst den Sinn der äußeren Sicherheit an sich vergegenwärtigt: „Die Staaten versuchen sich auf die verschiedensten Weisen militärische Optionen zu verschaffen, mit denen sie im System gut genug positioniert sind, um den Zusammenbruch des politischen Prozesses hintanzuhalten und, sollte er dennoch einmal erfolgen,

⁹⁰⁾ Bundesministerium der Verteidigung, Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, unter: http://www.bmvg.de/portal/PA_1_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT43-1INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf?yw_repository=youatweb, S. 16ff.

⁹¹⁾ Klaus Faupel, Dimensionen der Souveränität, S. 188.

⁹²⁾ Thomas Clauss, Extremismus und Fundamentalismus im Nahen Osten, über die Quellen und Konfliktherde in der Region, Berlin, 1998.

im Krieg die je auf dem Spiel stehenden Interessen zu wahren. ... Abermals sollte sich eine Struktur herausbilden, hier die Militärstruktur, verstanden als Ensemble von bilateralen, regionalen und globalen Konfigurationen nicht militärischer Potenziale, sondern militärischer Optionen. ... Natürlich ist nicht jede logisch mögliche Bündiskonstellation empirisch wahrscheinlich. Kümern muss man sich nur um die empirisch wahrscheinlichen Konstellationen. (...) Eine Militärstruktur ist also letztlich definiert durch eine endliche Menge von Konfigurationen militärischer Optionen.⁹³⁾

Daran hat sich bis heute nichts geändert, außer dass auf Grund der bereits erwähnten konventionellen militärischen Überlegenheit ein offener Krieg nicht nur gegen den Westen keine gewinnbringende Option darstellt, sondern auch überall dort, wo die westlichen Interessen eine Bereinigung eines Angriffskrieges wahrscheinlich machen. Die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege ist gegenwärtig dementsprechend gering.⁹⁴⁾ Das heißt freilich nicht, dass die Staaten vollkommen auf Gewalt verzichten, wenn sie andere belasten, nötigen, schädigen oder aber die psychische Einstellung des Massenpublikums, der Validatoren oder der politischen Eliten zu einem bestimmten Problem beeinflussen wollen. Allerdings hält man sich in solchen Angelegenheiten formell heraus und lagert diese Art der Gewaltanwendung an Geheimdienste, interne Konfliktparteien in Zweitstaaten oder private Gewaltorganisationen aus.

Besonders beliebt ist das Ausnutzen interner Spannungen und die Parteinahme für oder gegen eine der internen Fraktionen. Von 98 zwischen 1945 und 2002 abgehaltenen zwischenstaatlichen Kriegen hatten 55 ihren Ausgangspunkt in internen Auseinandersetzungen auf dem Staatsgebiet einer der Konfliktparteien.⁹⁵⁾ Waren dies zur Zeit des Ost-West-Konfliktes vor allem kommunistisch gewirkte Widerstandsbewegungen, so wurden diese nach 1989 durch ethno-religiös gewirkte separatistische, irredentistische oder auf Regimewechsel bedachte Organisationen abgelöst. Es kam mitunter auch vor, dass die selben Kleinkriegsparteien, die vorher unter

⁹³⁾ Klaus Faupel, Zum Stellenwert der Macht in der internationalen Politik, S. 488-489.

⁹⁴⁾ Human Security Centre, Human Security Report 2005, War and Peace in the 21st Century, New York, Oxford, 2005, S. 148.

⁹⁵⁾ Kriegsstatistik vom Verfasser für ein anderes Werk angefertigt. Basiert auf den Daten der Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg (<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/>) und des Uppsala Conflict Data Projects (http://www.pcr.uu.se/research/UCDP/UCDP_toplevel.htm). Bearbeitungsstand 2002.

kommunistischer oder antikommunistischer Fahne in den Kampf zogen, sich nach dem Kalten Krieg ein religiöses oder ethnokulturelles Mäntelchen verliehen. Die meisten Eingriffe externer Staaten verliefen aber nicht „quer über den Globus“, wie man in Zeiten der „Globalisierung“ vermuten könnte, sondern erfolgten vom jeweiligen Nachbarn.

Ebenso folgten die innerstaatlichen Kriege makropolitischen Trends, nicht wirtschaftlichen Entwicklungen: Die Welle der Dekolonisierung macht sich in deren Statistik ebenso bemerkbar wie das Ende der Paktkonfrontation: Durch das Aufbrechen des sowjetischen Imperiums und den Wegfall der hegemonialen Unterstützung für viele Regime in der Dritten Welt schnellte deren Anzahl nach oben, um nach 1992 wieder zurückzugehen.⁹⁶⁾ Auch im 19. Jahrhundert folgten die Wellen interner Konflikte makropolitischen Ereignissen: Der Zerfall des osmanischen Reiches, die Expansion Amerikas und das Ringen um die nach-napoleonische Ordnung in Übersee und die demokratischen Revolutionen ließ die Zahl interner Konflikte ansteigen. Dafür blieb es im Staatensystem von etwa 1880 bis 1914 relativ ruhig.⁹⁷⁾

Eine andere Diskussion rankt sich um die organisierte Gewaltmittelanwendung privater oder halbstaatlicher Organisationen – meist in der Peripherie. Hier geht es um die Herausforderung des Gewaltmonopols,⁹⁸⁾ durch sub- und transnational verfasste Handlungseinheiten. In den etablierten Staaten kommen diese zwar nicht über punktuelle Störungen hinaus, in der Peripherie jedoch gelingt es diesen, Gebiete dauerhaft zu beherrschen, zu administrieren und eigene (meist primitive partimoniale) Herrschaftssysteme zu etablieren. Das Problem ist jedoch nicht auf die Gewaltmittelstruktur beschränkt – es geht im Großen um die Fragmentierung des gesamten staatlichen Herrschaftsapparates: „In dieser Herrschaftsform haben gesellschaftliche Machtzentren und relevante nichtstaatliche Gruppen einen Teil der Souveränitätsrechte der Zentralmacht oder der anerkannten, das heißt formell und deshalb zumindest rechtlich festgelegten Aufgaben im Kernbereich der staatlichen Verwaltung an sich gezogen. ... Der Prozess

⁹⁶⁾ Human Security Centre, Human Security Report 2005, S. 151.

⁹⁷⁾ Zur Anzahl der innerstaatlichen Kriege vgl.: Kristian Gleditsch, A Revised List of Wars Between and Within Independent States, 1816-2002, *International Interactions*, Volume 30, Number 3, July-September 2004, S. 231-262.

⁹⁸⁾ Zur Problematik: Anna Geis, Das staatliche Gewaltmonopol zwischen Behauptung und Infragestellung, in: Josef Schröfl, Thomas Pankratz, Erwin Micewski (Hg.), *Aspekte der Asymmetrie, Reflexionen über ein gesellschafts- und sicherheitspolitisches Phänomen*, Baden Baden, 2006, S. 21-32.

der Abgabe von Souveränitätsrechten und grundlegenden staatlichen Verwaltungsaufgaben geschieht gleichsam als Enteignungsvorgang staatlicher Souveränität und Verwaltung durch Vorgänge informeller Dezentralisierung und Privatisierung. Die Enteignung erfolgt typischerweise durch Gruppen und Einrichtungen, die um die staatlichen Souveränitätsrechte und grundlegenden Verwaltungsaufgaben mit dem Staat konkurrieren.⁹⁹⁾ Die militärische Absicherung folgt der Errichtung der Privatregentschaft auf dem Fuße, wobei nicht selten versucht wird, zwecks Generierung von Gefolgschaft nach innen und Freimachung von materieller wie politischer Unterstützung von außen die Konflikte um und gegen parastaatliche¹⁰⁰⁾ Gebilde in die politische Großwetterlage des Staatensystems einzuordnen. Ob das nun der kommunistische oder islamische Revisionismus ist, gegen oder für den in der Peripherie um das Lehn der Kriegsherren gestritten wird, scheint wenig Unterschied zu machen.

„Neue Kriege“¹⁰¹⁾ sind dies allerdings nicht. Die Anwendung organisierter Gewalt zwischen Sippen, Stämmen und anderen in Fehde liegenden Gruppierungen, die sich entlang loser Bande manchmal stärker und manchmal schwächer zusammenschließen, deren operative Kontrolle durch den obersten Despoten mangelhaft ausgeprägt ist und deren Aktionen zu einem nicht unerheblichen Teil auf ökonomische Gewinnmaximierung abzielt, hat es in der Peripherie jedenfalls schon seit Jahrtausenden gegeben. In Argumentationsnot gerät hier nur der, der diesen Herrschaftsstrukturen Staatlichkeit und diesen Gewaltorganisationen den Titel regulärer Armeen zuweisen will. Auch die ständige Verübung von Kriegs- und Menschheitsverbrechen zur Erreichung von Kriegszielen, wie sie etwa im Sudan, in Bosnien, in Afghanistan, im Kongo oder in Ruanda vorgekommen sind, kennt eine „alte“ Bezeichnung: Barbarei. Ist das Gerüst der durch die Europäer in die Welt getragenen Herrschafts- und Verwaltungsorganisation einmal zerschlagen, fällt die Peripherie wieder in den vormodernen Zustand verfehdeter, verwaltungsfreier und wenig dauerhafter patrimonialer Herrschaftssysteme zurück, in dem sie der Geschichte seit Jahrtausenden bekannt ist.

⁹⁹⁾ Trutz von Trotha, Georg Klute, Von der Postkolonie zur Parastaatlichkeit – das Beispiel Schwarzafrika, in: Erich Reiter (Hg.), Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001, Hamburg, Berlin, Bonn, 683-708, S. 691.

¹⁰⁰⁾ zur Bezeichnung vgl.: Ebd., S. 683-708.

¹⁰¹⁾ Vgl.: Mary Kaldor, Neue und alte Kriege, Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main, 2000, S. 7ff.

Ganz außer Acht der internationalen Sicherheit kann man aber die enge zwischengesellschaftliche Verflochtenheit nicht lassen. Es geht dabei aber nicht um den Krieg im eigentlichen Sinne, also um die Anwendung organisierter Gewalt zur Übermächtigung eines Gegners, sei es durch direkte Konfrontation oder schleichende Abnützung, sondern um den destabilisierenden Einsatz von Gewalt zur Kommunikation politischer Inhalte. Es geht um Terror, Einschüchterung, Subversion und andere Akte der Destabilisierung politischer Systeme. Diese Arten der Konfliktaustragung wurden sowohl durch den technischen Fortschritt als auch durch den Abbau der Staatsgrenzen als Transaktionshindernisse in Relation zu anderen Formen der gewaltsamen Konfliktaustragung begünstigt.¹⁰²⁾ Die Einführung automatischer Waffen und hochexplosiver Sprengstoffe haben das Schädigungspotenzial von Klein- und Kleinstgruppen¹⁰³⁾ gegenüber größeren Truppenverbände erhöht.¹⁰⁴⁾ Im Gegensatz zur Übermächtigung, zu der es nach wie vor konventioneller Streitkräfte wie auch administrativer Mittel zur Beherrschung besetzter Gebiete bedarf, kann die Überwältigung, also die Erwirkung einer Verhaltensänderung durch in Gewaltakten kommunizierte Forderungen, schon mit relativ wenig Personal- und Mitteleinsatz erwirkt werden. Zumindest in der Theorie, denn eine Gesellschaft bzw. deren politische Elite muss sich erst überwältigen lassen, was nicht in allen Fällen gegeben ist.¹⁰⁵⁾

Insbesondere durch den freien, grenzüberschreitenden Kapitalverkehr und den Wegfall der Aufsicht über eine Reihe von weiteren Transaktionsfeldern ist es auch privaten Gewaltorganisationen möglich, in fremden Ländern operative Einheiten zu unterhalten. Dies ist auch deswegen problematisch, weil die gegenwärtige Staatengesellschaft Staatsatrapen und Staatsruinen nicht als solche behandelt und ihnen trotz erheblicher Leistungsdefizite oder

¹⁰²⁾ Um Missverständnissen vorzubeugen: Der technische Fortschritt und die globale Vernetzung haben jede Art der Kriegsführung verändert, aber die Relationen hielten sich trotzdem die Waage. Um es bildlich darzustellen: Ein M-1 Abrahams ist freilich in der Lage, einen römischen Legionär zu besiegen. Aber eine Mi-28 Havoc ist für diesen ebenso ein harter Gegner wie ein karthagischer Kriegselefant für den Legionär. Es geht immer um die Relationen der Kräfte im System zueinander, nie um absolute Größen.

¹⁰³⁾ Kleingruppen: bis etwa 12 Personen, Kleinstgruppen: 2 bis drei Personen; Vgl.: George Caspar Homans, *Groups: The Study of Groups*, in: David L. Sills (Ed.), *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Volume 6, London, New York, 1972, S. 259-265.

¹⁰⁴⁾ Zählt man mögliche Schadenwirkung pro Mann und Minute. Vgl.: Franz Felberbauer, *Waffentechnik I*, Band 1, *Rohr- und Lenkwaffen, Ballistik, Zielen und Richten*, – Eine Einführung, Truppendienst Taschenbuch, Wien, 2006.

¹⁰⁵⁾ Zu einer empirischen Untersuchung hierzu.: Max Abrahams, *Why Terrorism Does Not Work*, in: *International Security*, Vol. 31, Nr. 2, Fall 2006, S. 42-78.

gänzlichen Leistungsausfall in Kernbereichen der staatlichen Hoheitsverwaltung immer noch formelle Staatlichkeit zuspricht. Ein Ausschluss der „Piratenstaaten“, wie man die nichtkontrollierbaren, autonomen nordafrikanischen Stadtprovinzen des osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert nannte, und in weiterer Folge der natürlichen und juristischen Personen dieser Staaten von den Transaktionsräumen der Staatengesellschaft verstößt gegen deren konstitutionelle Norm: die rechtliche Gleichheit der Staaten und ihrer Bürger. Insofern wird man mit diesem Problem leben müssen.

Erwähnenswert ist allerdings, dass diese Privatorganisationen stets im Windschatten einer breiteren revisionistischen Ideologie fahren – nicht nur um ihre Forderungen unterzubringen, sondern auch um im dementsprechend ideologisch geprägten Lager Personal und (Geld-)Mittel zu rekrutieren. Aus der Sicht der revisionistischen Strömung ist Terror und Kleinkrieg allerdings nur eine von vielen Methoden der Auseinandersetzung – neben politischem Diskurs, Subversion, Fehlinformation, Propaganda, Infiltration, Verlangsamung des Arbeitsprozesses, zivilem Ungehorsam, Sabotage, Kleinkrieg, Revolution¹⁰⁶⁾ und der Unterstützung der Außenpolitik revisionistischer Staaten bis hin zum offenen zwischenstaatlichen Krieg. Eine revisionistische Strömung ist also vom Terror keinesfalls abhängig, deren Begegnung kann sich daher nicht auf die Bekämpfung lediglich der gewaltbereiten Zellen beschränken.

Die Besonderheit des gegenwärtigen islamischen Revisionismus ist freilich, dass er zwar eine weltweit große Zahl an Anhängern und Unterstützern hat, dass allerdings nur wenige islamische Staaten diese Strömung aktiv in ihrer Außenpolitik unterstützen. (Die Duldung der Unterstützung durch transnationale Einheiten wie die Unterstützung nicht Gewalt anwendender revisionistischer Organisationen kommt hingegen öfters vor.) Der islamische Revisionismus ist daher in weiten Teilen der Welt auf die Unterstützung und Organisationskraft von Privatpersonen angewiesen, und es steht folglich zu erwarten, dass er seine Kampfmethoden in den nichtstaatlich organisierbaren Feldern der Konfliktaustragung verfeinern wird.

Ob man der Lage durch eine Revision der freien internationalen Wirtschaftsordnung Herr werden kann, darf bezweifelt werden: Erstens gibt es islamisch-revisionistische Zellen, die gewaltsam aktiv werden könnten, in

¹⁰⁶⁾ Friedrich Wiener, Die Armeen der NATO-Staaten, S. 352ff.

fast allen modernen Staaten; somit wäre das Problem alleine durch Abschottung nicht zu beheben. Zweitens steigt die Erfolgsaussicht terroristischer Kampfführung nicht in erster Linie mit der Einfachheit der Bewerkstelligung der Anschläge: der Erfolg stellt sich dann ein, wenn sich politische Eliten, Validatoren oder das Massenpublikum der Furcht vor der Gewaltanwendung beugen und sich durch Terror zu einem Einstellungswandel hinreißen lassen. Eine Kenntnisnahme der islamisch-revisionistischen Herausforderung und der Notwendigkeit adäquater Entgegnung – nicht nur sicherheitstechnisch, sondern vor allem politisch – scheint der erste und wichtigste Schritt. Ohne Willen zur Selbstbehauptung ist es egal, in welchem Ordnungssystem ein Staat untergeht.

Eine Ausdifferenzierung der Staaten nach der Funktionalität ihrer Herrschaftsapparate (schwache Staaten) sowie ihrer Position im Koordinatensystem revisionistischer Strömungen und eine daraus abgeleitete selektive Öffnung oder Schließung von Transaktionsmöglichkeiten zur Verhinderung der Ausbreitung des peripheren Chaos und zur Verminderung der Rückwirkungen peripherer Entwicklungen auf die etablierten Staaten ist vorerst jedoch wenig wahrscheinlich: Erstens würde es die Aufgabe des universalen Anspruches der westlichen Welt- und Wirtschaftsordnung bedeuten, zweitens würde es eine Totalrevision der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nach sich ziehen, da viele periphere oder revisionistische Staaten bereits in die gegenwärtige Ordnung integriert sind.¹⁰⁷⁾

Wenn sich jedoch die Sicherheitslage weiter anspannt und die Gewaltanwendung revisionistischer Parteien nicht mehr auf punktuelle Störungen beschränkt bleibt, sondern in offene Rebellion ausartet, ist es leicht möglich, dass einige Staaten ihre bisherige Freizügigkeit bei den grenzüberschreitenden Transaktionen überdenken. Wie in der Zwischenkriegszeit könnte eine angespannte interne wie internationale Lage die Staaten zu einer isolationistischen Wirtschaftspolitik verleiten. Dies würde aber ein Ende der amerikanischen Ordnungsfähigkeit voraussetzen, die noch nicht gekommen ist und mit ein wenig Unterstützung seitens der übrigen westgebundenen Staaten auch nicht so schnell kommen muss.

¹⁰⁷⁾ Vgl.: Die Mitglieder in der Welthandelsorganisation: http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/org6_e.htm.